Nummer 208

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 200 Mk. 68. Jahrgang Sonntag, 6. Mai 1923

ERICH MEYERFELD BERLIN BEHRENSTR. 55-56 GRUNDSTÜCKE

Als Beilagen erscheinen: Der tägliche vollständige Kurszettel der Berliner Börse, Zinsschein-Kalender, Ziehungslisten der Preußisch-Süddeutschen Klassenlotterie, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, Schiffahrt u. Schiffbau, der Handel mit dem Osten und viele andere tabellarische Übersichten

Telegr.-Adr.: „Börsenkrone" | Für Manuskr. übern. der Verlag keine Verantwortung | Unverl. eingel. Manuskr. ist Rückporto beizufügen | Postscheck-Konto: Berlin 26412

Fernsprecher: Handel Zentrum 8669, Politik, Kunst, Lokales Zentrum 243, Expedition Zentrum 12352, Druckerei 2488

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Fernsprecher: Handel Zentrum 8669, Politik, Kunst, Lokales Zentrum 243, Expedition Zentrum 12352, Druckerei 2488

Anzeigen-Preis: Die 12gespalt. Zeile 1500 Mk., Reklameteil 6000 Mk., Stellungsuchende 500 Mk. Bezugs-Preis freibleibend: für Monat Mai 9000 Mk. Die Zeitung erscheint in der Woche zweimal, Bestellungen werden bei sämtlichen Zeitungsspeditoren, unserer Geschäftsstelle und bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches angenommen. Für das Ausland ist der Bezug nur unter Streifband zulässig; Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im II. Quartal 1923 für Amerika 4 Dollar, Frankreich 45 franz. Francs, Belgien 45 belg. Francs, Holland 10 holl. Gulden, Dänemark 20 dän. Kronen, Schweden 15 schwed. Kronen, Norwegen 20 norw. Kronen, England 20 Schilling, Italien 90 Lire, Rumänien 500 rum. Lei, Spanien 25 span. Pesetas, Finnland 150 finn. Mark, Tschechoslowakei 125 tschech. Kronen, ferner für Oesterreich-Ungarn 45000 Mark und Polen 48000 Mark.

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Die Justizkomödie gegen Krupp.

Werden, 5. Mai.

Um 2 Uhr 15 Minuten wird die Sitzung wieder aufgenommen. Im Anschluß an die Vernehmung eines französischen Geheimpolizisten kommt es zu bewegter Rede und Gegenrede zwischen dem Vertreter der Anklage und dem Verteidiger Mortaud, als Direktor Hartwig auf eine Anfrage des Anklagevertreters erklärte, daß bei der Firma Krupp ein spezielles Propagandabüro bestehe, oder ausdrücklich hinzusetzte, daß es sich um ein reines Reklamebüro für die Erzeugnisse der Firma handele, in dem Kataloge und ähnliches Material zusammengestellt würden.

Der Arbeitersekretär Reinrkens, der seine in der Voruntersuchung gemachte Aussage zu unterzeichnen abgelehnt hat, weil er nicht kontrollieren könne, was in dem französischen Text stehe, war früher Vorsitzender des Arbeiterrates bei der Firma Krupp. Er weiß, daß zwischen Werksleitung und Arbeiterrat generelle Vereinbarungen bestanden, die Sirenen im Falle der Besetzung zu ziehen. Diese Vereinbarung sei ein Ausfluß der Stimmung der Arbeiterschaft, die, seitdem die französischen Truppen im Ruhrgebiet standen, aus impulsivem Gefühl heraus spontan sich dagegen gewandt hätten, unter französischen Bajonetten zu arbeiten. Der Zeuge bestätigt auch, daß er während der fünf Jahre, in denen er Betriebsratsvorsitzender war, alle Arbeiterfragen stets nur mit dem dafür zuständigen Herrn Cuntz besprochen und sich weder an das Direktorium noch sonstig in irgendeiner Angelegenheit an Herrn Krupp von Bohlen gewandt habe.

Nach der Vernehmung des Betriebsratsmitgliedes Brechtler, der aus eigener Erfahrung nichts von den Vorgängen des 31. März weiß, wird der Frühere Hohn als Zeuge gehört, der Mitglied des Betriebsrates und als solches von jeder Arbeit entbunden ist. Er berichtet, daß am 31. März der Betriebsausschuß, der aus drei Personen bestehe, nachdem Müller und Schlüter ihm von der Besetzung der Autogarage Mitteilung gemacht hätten, zu einer Beratung zusammengetreten sei. Dabei sei beschlossen worden, da die in der Autohalle stehenden Autos zum Transport von Arbeitern und Lebensmitteln benötigt würden, zur Direktion zu gehen und die Sirenen ziehen zu lassen, um durch eine friedliche Demonstration den französischen Truppen zu zeigen, daß die Arbeiterschaft mit der Beschlagnahme der Autos nicht einverstanden sei. Dieser Beschluß sei einstimmig gefaßt worden, nimmt schon seit Mitte März zwischen Betriebsausschuß und Direktor Cuntz und Schraepler eine generelle Vereinbarung in dieser Richtung getroffen worden sei. Bei dieser Vereinbarung hätten Cuntz und Schraepler den Betriebsausschuß darauf hingewiesen, daß eine derartige Demonstration, wenn sie einmal stattfinden sollte, absolut und in jeder Beziehung friedlich bleiben müsse. Der Betriebsrat habe erklärt, daß er dafür die volle Verantwortung übernehme. Hohn hat auch keinerlei Waffen oder sonstige Gegenstände in den Händen der Demonstranten gesehen bis auf eine alte zerrostete Pistole.

Hüttendirektor Dr. Canaris und Generaldirektor der Thyssenwerke in Hamborn schildert die Besetzung der Hütte, die am 10. März stattgefunden hat. Hier kam eine von Militär begleitete Kommission, um die Ergebnisse einer Revision zu untersuchen. Der Betriebsrat und die Leitung lehnten es ab, dazu die Erlaubnis zu geben. Der Betriebsrat kündigte der Kommission an, daß, wenn sie auf der Besichtigung bestehe, die gesamte Arbeiterschaft sofort in den Streik treten würde. Da sich die Kommission nicht abhalten ließ, wurden die Sirenen in Gang gesetzt. Von allen Seiten strömten die Arbeiter herbei und umringten das Militär, mit dem beinahe Konflikt bestand. Ueberall ruhte die Arbeit. Diese Besichtigung dauerte fast 3 Stunden, und während der ganzen Zeit heulten die Sirenen unablässig. Es ereignete sich aber kein Zwischenfall. Als die Kommission wieder abzog, erklärte ein Mitglied derselben dem inzwischen in der Hütte eingetroffenen Herrn Fritz Thyssen, daß er sich freue, daß alles ohne Zwischenfall abgelaufen sei, und auch der befehlshabende Offizier hatte dem Zeugen vorher erklärt, als er ihn nach dem Grunde des Heulens der Sirenen fragte, daß er keinerlei Beweggrund habe. Er sei schon lange in dieser Gegend und kenne die Leute als durchaus friedlich. Der Streik wurde nach Abzug der Kommission abgebrochen, in dem die Sirenen aufhörten zu heulen. Ueber die Vorgänge wurde in der Presse eingehend berichtet und Herr Thyssen hat sie verschiedenen Bekannten, darunter Direktor Bruhn, der mit ihm angeklagt war, erzählt.

Aehnliche Vorgänge, die gleichfalls ganz ohne Zwischenfälle verliefen, berichtet der Zeuge Mittel von der Firma Orenstein & Koppel und Lob von den Phönix-Werken in Hörde.

Nach der Vernehmung des Gewerkschaftssekretärs des Metallarbeiterverbandes Kleyer, der am 31. März einen von der Menge bedrohten französischen Geheimpolizisten befreit und in dem Betriebsratsbüroraum in Sicherheit gebracht hatte, trat um 4¼ Uhr eine Pause ein.

Werden, 5. Mai.

Der Krupp-Prozeß wurde um 7 Uhr 10 Minuten auf Montag vormittag 8 Uhr vertagt. Da noch 18 Zeugen zu vernehmen sind, ist es zweifelhaft, ob Montag eine Beendigung des Prozesses möglich ist.

Gemeinsame französisch-belgische Antwort.

Belgien schließt sich der Poincaré-Note an.

Heute Ueberreichung an die deutschen Geschäftsträger.

TU Paris, 5. Mai.

Am späten Nachmittag ist hier am Quai d'Orsay eine Erklärung der Brüsseler Regierung eingetroffen, mit der diese ihre Einverständnis mit der von Frankreich vorgeschlagenen Antwortnote an Deutschland kundtut. Die belgische Regierung hat, wie der „Temps" hierzu meldet, den von Poincaré ausgearbeiteten Text der Antwortnote ohne jede Aenderung angenommen. Die Note wird heute abend der englischen, der italienischen, der amerikanischen und der japanischen Regierung zugestellt werden. Den Geschäftsträgern Deutschlands in Paris und Brüssel wird sie erst morgen, Sonntag, nachmittag, überreicht werden.

*

Der „Intransigeant" meldet hierzu, es sei der Wunsch Poincarés, die französische Oeffentlichkeit über die Antwort auf die deutsche Note aufzuklären. Da nun die Kammer erst wieder am 8. Mai zusammentrete und Poincaré inzwischen keine Gelegenheit zu öffentlicher Rede haben werde, so werde er noch wahrscheinlich heute abend oder morgen früh der Presse ergänzende Erklärungen zu dem Wortlaut der Deutschland zugehenden Antwort abgeben.

Brüssel, 5. Mai.

Wie die „Agence Belge" meldet, erklärte der Ministerrat die deutschen Vorschläge für unannehmbar.

Meinungsaustausch London—Paris—Brüssel—Rom.

London, 5. Mai.

Reuter erfährt, daß zwischen London, Paris, Brüssel und Rom über den letzten deutschen Vorschlag ein Meinungsaustausch im Gange ist, da die britische Regierung bestrebt sei, in vollem Besitz der Ansichten ihrer Alliierten zu sein, bevor sie über die Natur ihrer Antwort auf die deutsche Note Beschluß faßt. Es sei wahrscheinlich, daß der Wortlaut der französisch-belgischen Antwort heute der britischen Regierung zugestellt und hierauf der deutschen Botschaft in Paris zur Uebermittlung an die deutsche Regierung überreicht werde. Es verlaute, daß keine Zusammenkunft des britischen Kabinetts für heute festgesetzt wurde, und es werde erwartet, daß die ganze Frage zu Beginn der nächsten Woche zur Erörterung kommen werde.

Der „kritische Tag".

London, 5. Mai.

Der diplomatische Mitarbeiter der „Pall Mall Gazette" sagt, der heutige Tag werde sich wohl als kritisches Datum sowohl in den Beziehungen der Entente untereinander als auch mit Deutschland erweisen. Er betont, daß die Bedingungen der Antwort Frankreichs nach London nur als Höflichkeitsakt mitgeteilt worden seien und daß keine Absicht zu bestehen scheine, in eine Erörterung mit England darüber einzutreten. Wenn Frankreich, so sagt der Mitarbeiter, sich entschließt, seinen eigenen Weg ohne Rücksicht auf die Ansichten und Interessen Englands zu gehen, so wird die englische Regierung zu erwägen haben, wie diese Interessen gewahrt werden können. England würde nicht ohne Mittel zur Verteidigung dieser Interessen sein, da die Alliierten erkennen müßten, daß ohne die Hilfe des englischen Kredits kein Geld für Reparationen oder andere Formen des europäischen Wiederaufbaus von ihnen flüssig gemacht werden könnte.

Der „Temps" gegen Lord Curzon.

ecs Paris, 5. Mai.

Der „Temps" wendet sich in seinem heutigen Leitartikel mit großer Schärfe gegen die gestrigen Ausführungen Lord Curzons über eine gemeinsame Aktion der Alliierten gegenüber Deutschland und spielt bei dieser Gelegenheit ziemlich offen darauf an, daß die Engländer anscheinend mit den Türken gesondert über die Mossulfrage verhandelt haben und dabei hinter dem Rücken Frankreichs zu einer Einigung mit den Türken gelangt sind. Tatsächlich sprach man in hiesigen politischen Kreisen schon seit längerer Zeit mit ziemlicher Besorgnis über englisch-türkische Sonderverhandlungen. Auch die Auslassungen des Schatzkanzlers Baldwin sind hier so ausgelegt worden, daß anscheinend derartige Geheimverhandlungen im Gange sind. An hiesigen maßgebenden Stellen erklärt man jedoch, daß man über diese Vorgänge vorläufig keinerlei authentische Nachrichten habe und heißt infolgedessen den heutigen Artikel des „Temps" nicht vollkommen gut. Es ist ungweifelhaft, daß in der ganzen orientalischen Frage hier eine ziemliche Gereiztheit gegenüber England besteht, die natürlich für eine interalliierte Aussprache über die Reparationen nicht sehr günstig ist.

Die Diskussion in Italien.

EP Rom, 5. Mai.

Die meisten italienischen Blätter beharren darauf, daß England und Italien durch ein gemeinsames Vorgehen verhindern müßten, daß die deutschen Vorschläge wieder fallen gelassen werden. Die „Idea Nazionale" glaubt indessen nicht, daß man in dieser Beziehung auf England rechnen könne und meint, England würde auf der Seite des verbündeten Frankreichs stehen, damit es seine Kohlen an Frankreich, Italien, Deutschland und die kleinen Staaten Nordeuropas verkaufen könne und weil bei diesem Zwiespalt sowohl Frankreich als auch Deutschland sich wirtschaftlich ruinieren, was der englischen Produktion, Finanz und Industrie zugute kommen würde. Der „Corriere d'Italia" schreibt: Italien würde gern eine neue Diskussion unter den Beteiligten sehen, um endlich die heikle Reparationsfrage zu erledigen. Aber es hänge nicht allein von seinem Willen ab, das erstrebte Ziel zu erreichen. Das Organ Don Sturzos, der „Popolo", bezeichnet die deutsche Note als einen ersten Schritt und fragt, ob Frankreich den zweiten Schritt unterlassen könnte, ohne sich selbst ernstlich zu schädigen. In Frankreich wie in Deutschland gäbe es vielmehr Leute, die nicht so in den Nationalismus verstrickt seien, als man glaubt und die ernstlich an der Politik Poincarés zweifeln. Wenn Poincaré in keine Verhandlungen über die deutschen Vorschläge eintreten werde, so werde die Zahl seiner Gegner in Frankreich wachsen und es werde jene Stellung Frankreichs niemals erreicht werden, die die Vorbedingung für den Wiederaufbau Europas sein wird. Die französische Politik habe es weniger auf das Einkassieren der Gelder abgesehen als auf die Vernichtung Deutschlands und seiner Einheit und Geschlossenheit, von der die Franzosen für ihre Zukunft fürchten.

Rom, 5. Mai.

„Giornale di Roma" glaubt, die Pariser Antwort auf die deutsche Note werde kein reines Nein sein, sondern eine motivierte Verneinung enthalten und so die Fortsetzung der Unterhandlung ermöglichen. Bezüglich der Höhe des Betrages könne unmöglich die in London festgesetzte Summe verlangt werden, weil sie nach dem Urteil der italienischen und der englischen Regierung geradezu phantastisch sei. **Ein Beharren auf den 132 Milliarden wäre heutzutage einfach unverständlich und ein Beweis dafür, daß die Einigung verhindert werden solle.** Ebenso unmöglich sei, daß Italien einer Herabsetzung seines prozentualen Anteils zustimme. Die deutsche Note bedeute, ganz abgesehen von ihrem Inhalt, einen Schritt vorwärts. Sie erfordere ein Opfer der deutschen Eigenliebe und die Aufgabe der Intransigenz, die sei also ein erster Schritt, der unbedingt nicht umsonst geschehen sein dürfe.

Rom, 5. Mai.

(Meldung der Agenzia Stefani.)

Der französische Botschafter hat Mussolini heute vormittag mündlich die Antwort der französischen und der belgischen Regierung auf die deutsche Reparationsnote mitgeteilt.

Havas-Lügen.

TU Essen, 5. Mai

Havas behauptet, die zum Röchlingkonzern gehörige Zeche Mont Cenis sei an einen Holländer, die Zeche Schamrod an einen Schweden und die Gewerkschaft Konstantin der Große an einen Schweizer verkauft worden. Havas ist schlecht unterrichtet. Die Zeche Konstantin der Große hat schon Anfang 1921 einen Interessengemeinschaftsvertrag mit der Friedrich Krupp A.-G. abgeschlossen und die Verwaltung von Friedrich Krupp erklärt, dieser Vertrag sei unverändert. Die Behauptung der französischen Nachrichtenagentur ziehe wahrscheinlich falsche Rückschlüsse aus der bekannten Tatsache, daß schon vor dem Vertrag mit Krupp sich eine Anzahl Kugen in schweizerischen Händen befanden. Aehnliche falsche Rückschlüsse hat Havas auch aus den internationalen alten Beziehungen der anderen Gesellschaften gezogen.

Der Zwang zum Zusammenschluß.

Von

Paul Steinbor:.

Abgesehen von den Wenigen, die in mehr oder minder klarem Ideenschwung davon träumen, daß man das Schicksal des Reiches zur Erretung aus heutiger und künftiger Not auf die Spitze des (nur in der Fiktion vorhandenen) deutschen Schwertes stellen müsse, hat die große Mehrheit Deutschlands gemeinsam mit allen Einsichtigen der gesamten Kulturwelt die Absendung der neuen deutschen Reparationsnote begrüßt, da sie das Ziel haben sollte, die in Paris durch Poincarés Bevormundete gewaltsam unterbrochene Debatte über die Lösung des großen Problems wieder in Gang zu bringen. Der Zweifel, ob das gelingen werde, war nicht ohne Grund gerade bei uns sehr stark, aber es hat sich herausgestellt, daß er durch die Entwickelung zunächst nicht bestätigt worden ist. Nachdem schon vorher klar geworden war, daß der deutsche Vorschlag, die Verhandlungen wieder aufzunehmen, in Erfüllung bestimmter, von außen hierher gelangter Wünsche und Anregungen gemacht worden ist, stellte sich alsbald heraus, daß das Ausland sich seiner mit einem um so bemerkenswerteren Nachdruck bemächtigte, als er angeblich nach Form und Inhalt den gehegten Erwartungen nicht entsprach. Vielleicht wird sich jedoch in der Zukunft erweisen, daß der Sache selbst ein sehr wesentlicher Nutzen geschah, als er so und nicht anders formuliert wurde.

Wenn man nun zu überlegen sucht, auf welchen Wegen die Entwickelung weiter gehen wird, so wird man sich folgendes vor Augen zu halten haben. Zur Erörterung wird stehen erstens die Frage: wie ist mit Hilfe einer Wahrscheinlichkeitsberechnung das Höchstmaß dessen festzustellen, was Deutschland an Reparation zu tragen vermag? Zweitens: durch welches Mittel der Ueberredung und des Zwanges ist Deutschland dazu zu bringen, die dafür als erforderlich betrachteten Garantien zu stellen? Und drittens: in welcher Form kann und soll gegen den Widerspruch der Deutschen das Verlangen der Franzosen nach militärischer Sicherung verwirklicht werden? Was dabei Frankreich anlangt, so wird sich im entscheidenden Augenblick herausstellen, daß man jenseits der Vogesen auch heute noch nichts aufgegeben hat und alles zu erreichen hofft. Belgien hat kein ausgesprochenes Interesse daran, dem französischen Programm in allen Punkten zur Verwirklichung zu verhelfen, wird aber auch weiterhin im Schlepptau Frankreichs zu sehen sein. Von Italien kann man wohl sagen, daß es neuerdings noch stärker als früher eine ähnliche Mittelserrolle adelnt, daß die heute in ihm an der Spitze stehenden Männer eine selbständige und andere Auffassung gegenwärtiger Europapolitik in Anspruch nehmen als die in Paris zum Dogma erhobene, und daß sie sich in der Reparationsfrage vielfach den englischen Gedankengängen nähern, für die soeben Lord Curzon neue und interessante Formeln gefunden hat. Möglicherweise wird dann auch die Politik Italiens mit Bezug auf die Reparationsfrage mit der Englands dann und wann parallel laufen, doch weiß man ja noch nicht, wie die englische Politik selber ausschauen wird. Zur Stunde ist infolge der starren, eingleisigen französischen Politik das Schwergewicht kontinentalen Geschehens wieder an die Themse verlegt. Aber es steht noch garnicht fest, ob die englischen Staatsmänner verstehen werden, es dort festzuhalten. Denn die englische Reparationspolitik von heute und morgen läßt sich in ihrem Kern ganz einfach und simpelhaft dahin kennzeichnen, daß nichts geschehen und alles getan werden solle, um den im Januar abgerissenen und jetzt wieder glücklich angeknüpften Faden nach Paris weiterzuspinnen und Frankreich bei der Entente zu halten. Es braucht wohl nicht näher ausgeführt werden, welche Schlüsse daraus auf unserer Seite zu ziehen sind.

Vor vierzehn Tagen ist an dieser Stelle der Gedanke einer großen liberalen Gesamtpartei wieder aufgenommen worden. Die Anregung ist in den Parlamenten, in den Fraktionszimmern, in der Presse aller Schattierungen erörtert worden, als ob es sich um ein armenpolitisches Ereignis besonderer Art handle. Dabei ist die Frage eigentlich niemals ganz aus der Debatte verschwunden und seit Jahr und Tag als eine ganz unbestreitbare Notwendigkeit in der Vorstellung gerade der Weiterblickenden immer dann aufgetaucht, wenn sich wieder einmal zeigte, wie wenig das Nebeneinander zweier in gleicher Richtung marschierender Parteien zu verteidigen war. Wir sind auch, soweit wir sehen konnten, nirgends auf eine wirklich entschiedene und vor allem mit stichfesten Gründen belegte Ablehnung gestoßen. Es sei nur erwähnt, daß man es richtig fertig gebracht hat, darauf hinzuweisen, daß die Deutsche Volkspartei ja bekanntlich nur auf dem Boden der Verfassung stehe, aber nicht restlos republikanisch gesonnen sei! Man führte also wirklich das Argument an, das wohl einst Parteifunktionäre im Wahlkampf verwenden

Die vorliegende Zeitung enthält die Beilagen

Der Handel mit dem Osten (Nr. 7)

und

Schiffahrt und Schiffbau (Nr. 10).